

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 1/2016

12. JAN 2016 | MARKUS KRÜSEMANN

obs gibt es jede Menge - sei es in Leiharbeit, Werkvertrags-Konstruktionen, Minijobs, befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Teilzeitjobs und im Niedriglohnbereich. Dieses Blog veröffentlicht in Zusammenarbeit mit dem Informationsportal miese-jobs.de in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Statistiken zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das einleitende Topthema dieser Ausgabe: der Mindestlohn.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 26.01.2016.

Weitere Informationen: www.miese-jobs.de

1] TOPTHEMA: MINDESTLOHN

Das war zu erwarten: Zum ersten Jahrestag der Mindestlohneinführung werfen die Medien mit Bilanzen und Bestandsaufnahmen nur so um sich. Bei den der Empirie fernen Mindestlohngegnern wird Bilanz gern mit Abrechnung übersetzt. Die darf dann auch weiterhin ideologisch gefärbt sein, steht aber immer mehr auf verlorenem Posten. Der weitgehend einhellige Tenor in der Mehrzahl der Presseberichte lautet hingegen, negative Wirkungen seien nicht eingetreten. Bei manchen hört man regelrecht das Zähneknirschen, wenn sie sich ein "nicht wie befürchtet" oder "wider Erwarten" nicht verkneifen können.

Damit hat sich das Thema Mindestlohn auch im neuen Jahr natürlich nicht erledigt. Die Forderungen nach weiteren Ausnahmen vom Mindestlohn geistern unablässig durchs Land, treffen aber auf ganz unterschiedliche Gegner, auch aus Reihen der Wirtschaft. Und schon kurz nach den Weihnachtsfeiertagen flammte eine verfrühte Diskussion um die 2017 erstmals anstehende Gelegenheit zur Erhöhung des Mindestlohns auf - die natürlich schreckliche Jobverluste zur Folge haben werde. Das vertraute Spiel geht also mit unveränderter Rollenverteilung weiter... Doch lesen Sie selbst:

Der Mindestlohn tut keinem weh

Anfang 2015 befürchtete Taxi-Unternehmer Kai Piechotzke, am Mindestlohn könnte sein Unternehmen zerbrechen. Er sprach von „schweren Zeiten“, „ungewisser Zukunft“ und „höheren Preisen“. Die Lohnkosten für seine 13 Mitarbeiter stiegen um 14 Prozent.

Ein Jahr später wird der Mindestlohn bundesweit als Erfolgsmodell verkauft und auch Kai Piechotzke muss zugeben: „Meine Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet.“ Die Umsätze des Taxi-Unternehmers (...) seien stabil geblieben.

(...)

Quelle: Norddeutsche Rundschau online vom 11.01.2016

Taxiunternehmen stemmen Mindestlohn

Taxiunternehmen in Sachsen haben die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns vor etwa einem Jahr besser

verkräftet als erwartet.

Zwar sei das Angebot aufgrund der zusätzlichen Kosten geschrumpft, sagte Henry Roszberg, Vorstand des Landesverbandes Taxi und Mietwagenunternehmen, in Dresden. Wegen der fast zeitgleichen Erhöhung der Tarife um landesweit bis zu 20 Prozent sei der befürchtete „Total-Kollaps“ aber ausgeblieben.

(...)

Quelle: Welt online vom 09.01.2016

Mindestlohn stellt DGB zufrieden

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Hamburg zieht nun, nach dem ersten Jahr mit Mindestlohn, ein positives Fazit. "Der Mindestlohn bringt nachweislich mehr soziale Gerechtigkeit für diese Stadt, in der die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinanderklafft", sagte die Hamburger DGB-Vorsitzende Katja Karger.

Nach der Einführung des allgemeinen Mindestlohns von 8,50 Euro in der Stunde liege das durchschnittliche Lohnplus für Ungelernte bei 5,1 Prozent, sagte Karger anhand der Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das erste Halbjahr 2015.

(...)

Quelle: Welt online vom 08.01.2016

Ein Jahr Mindestlohn in Deutschland - die Prognosen des Mainstream und die Realität

Der am 1. Januar 2015 in Deutschland eingeführte flächendeckende Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro feierte Anfang dieses Jahres sein einjähriges Bestehen. Dies soll im Folgenden zum Anlass für einen Rückblick und eine erste Zwischenbilanz genommen werden.

Schon lange bevor der Bundestag im Juli 2014 den einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn beschlossen hatte, setzte in den deutschen Medien das zu erwartende Zeter und Mordio-Geschrei ein.

(...)

Quelle: flassbeck-economics.de, Blogeintrag vom 07.01.2016

Mindestlohn-Ausnahmen unterliegen Gleichheitsgebot

Die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, Ingrid Schmidt, sieht Forderungen nach Ausnahmen für Flüchtlinge beim Mindestlohn skeptisch. Eine derartige Sonderregelung müsse sich am verfassungsmäßig garantierten Gleichheitsgebot messen lassen, sagte Schmidt der Deutschen Presse-Agentur.

"Man kann nicht beliebig sagen, diese Arbeitnehmer bekommen es, und jene Arbeitnehmer bekommen es nicht." Für solche Ausnahmen müsse es eine Rechtfertigung geben, die dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes genüge.

(...)

Quelle: FAZ.net vom 06.01.2016

CDU fürchtet Vernichtung von Millionen Jobs

SPD möchte Mindestlohn von bis zu zwölf Euro (...) Der Wirtschaftsflügel der Union kritisiert diesen Vorschlag scharf.

"In der SPD hat man offenbar jeden Bezug zur Wirklichkeit verloren. Lohnerhöhungen von 30 Prozent sind ein sicheres Rezept für Massenarbeitslosigkeit", sagte der Vorsitzende der CSU-Mittelstandsunion, Hans Michelbach. Damit würde die Grundlage von Millionen Jobs vernichtet.

(...)

Quelle: Welt online vom 05.01.2016

Handwerk gegen Mindestlohn-Ausnahme für Flüchtlinge

Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich in Arbeit gelangen. Eine generelle Ausnahme vom Mindestlohn braucht es dafür nicht, sagt der Handwerkspräsident.

Zwar sollten die geltenden Instrumente der Arbeitsagentur genutzt werden, Flüchtlinge für sechs Monate vom Mindestlohn auszunehmen - wie dies im Falle von Langzeitarbeitslosen möglich sei, sagte Wollseifer im Deutschlandfunk. Er sei aber gegen eine Ausnahme, die darüber hinausgehe.

(...)

Quelle: FAZ.net vom 04.01.2016

Nahles zieht positive Bilanz nach einem Jahr Mindestlohn

Ein Jahr nach Einführung des Mindestlohns in Deutschland sieht Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) nur Vorteile in der Lohnuntergrenze. "Es hat keine Jobverluste gegeben, es gab mehr Kaufkraft", sagte Nahles am Samstag.

Lob kam auch vom Koalitionspartner. Der sozialpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Karl Schiewerling (CDU), sagte: "Die Einführung des Mindestlohns war eine Operation am offenen Herzen der sozialen Marktwirtschaft." Doch das Experiment sei geglückt.

(...)

Quelle: FAZ.net vom 03.01.2016

CSU warnt vor Mindestlohn-Anhebung

Keine Jobverluste, mehr Kaufkraft - die Bilanz nach Einführung des Mindestlohns ist aus Sicht der verantwortlichen Ministerin Andrea Nahles durchweg positiv. Jetzt wird über eine Erhöhung nachgedacht. Die CSU ist strikt dagegen.

Er könne nur davor warnen, sagte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer dem Berliner Tagesspiegel. „Damit belasten wir nicht nur die Wirtschaft unnötig. Wir erschweren es auch geringer Qualifizierten und Flüchtlingen, einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.“

(...)

Quelle: Tagesspiegel online vom 03.01.2016

Aus der Ruhr-SPD kommt der Ruf nach 12 Euro Mindestlohn

Die Diskussion über eine Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland nimmt zum ersten Jahrestag seiner Einführung weiter Fahrt auf. Nachdem die neue SPD-Generalsekretärin Katarina Barley im WAZ-Interview eine Erhöhung „über das geltende Niveau von 8,50 Euro hinaus“ gefordert hatte, legt nun der Sprecher der 22 SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet, Michael Groß, nach.

„Wir müssen bei einem Stundenlohn von 11 oder 12 Euro landen, damit die Beschäftigten eine Chance haben, im Alter oberhalb der Grundsicherung abgesichert zu sein“, sagte Groß dieser Zeitung.

(...)

Quelle: WAZ online vom 02.01.2016

Ein Jahr Mindestlohn: Arbeitsmarktforscher ziehen positive Bilanz

„Das Experiment ist geglückt“: Arbeitsmarktforscher ziehen eine positive Bilanz des Mindestlohns. Die Einführung vor einem Jahr habe keine Jobs gekostet, sagen sie.

„Auch im Osten ist es nicht zu einem großen Einbruch am Arbeitsmarkt gekommen, es sind sogar neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden“, sagt Joachim Möller, Direktor des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB).

(...)

Quelle: Tagesspiegel online vom 01.01.2016

Experten: Mindestlohn schadet deutschem Arbeitsmarkt nicht

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland eine gesetzliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde. Fachleute hatten gewarnt, dass dies unzählige Arbeitsplätze in Deutschland vernichten könnte.

Bislang hat der Mindestlohn aber einem «Spiegel»-Bericht zufolge keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung. Zwar sei mit der Einführung der gesetzlichen Lohnuntergrenze die Zahl der Beschäftigten, die ausschließlich Minijobs hatten, saisonbereinigt um 95 000 gesunken (...). Aber etwa die Hälfte dieser Jobs sei in feste sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt worden.

(...)

Quelle: FAZ.net vom 01.01.2016

Mindestlohn vorerst akzeptiert

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist für die meisten Textil- und Bekleidungsanbieter offenbar glimpflicher vonstattengegangen als zunächst befürchtet. (...) Unternehmen und Branchenbeobachter bzw. Verbände hatten massiven Stellenabbau und eine Zunahme der Ladenschließungen (...) erwartet.

„Das Thema Mindestlohn ist weitgehend abgehakt“, sagt auch der Berater Jochen Riedel (...). „Die neuen Regelungen sind von den Händlern erst einmal angenommen worden.“

(...)

Quelle: Textilwirtschaft.de vom 29.12.2015

BDA für weitreichende Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn

Die Arbeitgebervereinigung BDA hat weitreichende Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn gefordert. "Allen Menschen, die es am Arbeitsmarkt besonders schwer haben, (...) sollte zwölf Monate lang eine von den strikten Bedingungen des Mindestlohngesetzes befreite Beschäftigung ermöglicht werden", sagte ein BDA-Sprecher der "Berliner Zeitung".

Keinen Anspruch auf den Mindestlohn sollten demnach Menschen haben, "die noch nie gearbeitet haben, Langzeitarbeitslose und Personen ohne ausreichende Ausbildung oder ganz ohne Qualifikation". Diese Ausnahmen sollten generell gelten.

(...)

Quelle: Epoch Times online vom 29.12.2015

Mindestlohn in Baden-Württemberg: Verdi fordert Erhöhung auf 10 Euro

Verdi-Landeschefin Leni Breymaier pocht auf eine Erhöhung des Mindestlohns auf 10 Euro. „In Baden-Württemberg kann man von den aktuell geltenden 8,50 Euro pro Stunde Vollzeit-Arbeit nicht leben, das ist zu wenig“, sagte Breymaier der Deutschen Presse-Agentur.

„Menschen, die Vollzeit arbeiten, sollen nicht am Ende des Monats zum Amt laufen, um sich ihr Geld aufstocken lassen zu müssen - dadurch subventionieren wir Steuerzahler Firmen, die auf Niedriglöhne setzen.“

(...)

Quelle: Stuttgarter-Zeitung.de vom 28.12.2015

Mindestlohn bringt keine Jobverluste

Die Ängste der Wirtschaft waren groß. Doch ein Jahr nach Einführung des Mindestlohns lässt sich feststellen: Der Arbeitsmarkt ist in bester Verfassung, die befürchtete Vernichtung von Arbeitsplätzen findet nicht statt.

Tatsächlich präsentiert sich der deutsche Arbeitsmarkt knapp zwölf Monate nach dem Mindestlohnstart in bester Verfassung. (...) Laut IAB stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Jahresverlauf auf zuletzt 31,35 Millionen. Für 2016 rechnen die Forscher des IAB mit weiteren 550 000 Stellen.

(...)

Quelle: FR online vom 28.12.2015

Ein Jahr Mindestlohn - geht doch!

Mit Prognosen kann man ganz schön danebenliegen - erst recht, wenn dabei eigene Vorurteile mitschwingen. Dies zeigt sich nun auch ein Jahr nach Einführung des Mindestlohns in Deutschland.

Bei denjenigen, die die gesetzliche Untergrenze von 8,50 Euro pro Stunde schon immer für Teufelszeug hielten, fielen die Schreckensszenarien besonders düster aus. (...) Zwölf Monate später ist klar: Das große Jobsterben ist

nicht eingetreten.

(...)

Quelle: Süddeutsche.de vom 27.12.2015

Ein Jahr Mindestlohn - eine Bestandsaufnahme

Führende Wirtschaftsexperten haben nach der Einführung des Mindestlohns in Deutschland eine Krise in vielen Branchen prophezeit. Davon kann nach einem Jahr aber keine Rede sein. Eine Branchenübersicht.

„Nennenswerte Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt hat es 2015 definitiv nicht gegeben“, sagt Joachim Möller, Direktor des bundeseigenen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Möller Wort sind, gelinde gesagt, untertrieben.

(...)

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung online vom 27.12.2015

"Wir haben die Jobverluste unterschätzt"

Vor einem Jahr wurde der Mindestlohn in Deutschland eingeführt. Über seine Wirkung streiten bis heute die Ökonomen – unter anderem Hans-Werner Sinn.

(...) sehen sich die Befürworter bestätigt, sie verweisen auf die weiterhin robuste Beschäftigungsentwicklung. Die Mahner ihrerseits sehen sich aber keineswegs widerlegt. "Der Wegfall von circa 170.000 bis 180.000 Minijobs in diesem Jahr wäre uns erspart geblieben", sagt etwa Hans-Werner Sinn, der Präsident des ifo-Instituts in München.

(...)

Quelle: Welt online vom 27.12.2015

Arbeitsagentur-Chef will den Mindestlohn für Flüchtlinge

Der Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, hat sich gegen eine Aufweichung des Mindestlohns für Flüchtlinge ausgesprochen.

Unternehmer sollten sich daher nicht die Frage stellen, „Was kann ich am Mindestlohn drehen?“, sondern fragen, „Was kann ich unter den gegebenen Rahmenbedingungen unternehmen, Menschen in den Arbeitsmarkt zu bringen?“

(...)

Quelle: FAZ.net vom 25.12.2015

"Die Verkünder von Horrorszenarien am Arbeitsmarkt sind blamiert"

Zum Jahreswechsel wird das deutsche Mindestlohngesetz ein Jahr alt - ein guter Zeitpunkt, um eine Zwischenbilanz zu ziehen. Ein erstes Fazit: Die Gegner der arbeitnehmerfreundlichen Regelung haben sich getäuscht. Doch Skepsis bleibt.

Für die Befürworter war der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ein historischer Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Tatsächlich sind die Effekte auf den Jobmarkt eher positiv. Der Arbeitsmarktexperte des gewerkschaftsnahen Forschungsinstituts WSI, Thorsten Schulten, betont: "Die Verkünder von Horrorszenarien sind blamiert."

(...)

Quelle: T-Online.de vom 23.12.2015

Arbeitgeber gegen Mindestlohn von neun Euro

Ein Jahr nach Einführung des Mindestlohns haben die Arbeitgeber Forderungen nach einer kräftigen Erhöhung zurückgewiesen. So sei etwa eine Anhebung auf neun Euro illusorisch, heißt es vom Arbeitgeberverband BDA.

Die Lohnuntergrenze von 8,50 Euro gilt seit Anfang des Jahres. Beraten wird die Weiterentwicklung in der Mindestlohnkommission, in der Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sitzen.

(...)

Quelle: Berliner Zeitung online vom 23.12.2015

Was hat der Mindestlohn gebracht?

Ein Jahr nach seiner Einführung nimmt die Debatte um den Mindestlohn wieder Fahrt auf. Was hat er gebracht? Wie geht es weiter? Die Ansichten über die Lohnuntergrenze gehen nach wie vor weit auseinander.

Für die einen war der Mindestlohn ein historischer Schritt zu mehr Gerechtigkeit, für die anderen ein historischer Fehler mit verheerenden Wirkungen. Hunderttausende Jobs würden wegfallen, warnten einige Wirtschaftsinstitute.

(...)

Quelle: Stuttgarter Nachrichten online vom 23.12.2015

Ein Jahr Mindestlohn: Streit neu entbrannt

Vor einem Jahr wurde in Deutschland der Mindestlohn eingeführt. Jetzt ist der alte Streit über die Lohngrenze von 8,50 Euro neu entbrannt – diesmal liefern sich Ökonomen eine hitzige Diskussion. Grund ist der Zuzug hunderttausender Flüchtlinge.

Dass Wirtschaftswissenschaftler in der Frage des Mindestlohnes alles andere als einer Meinung sind, ist nicht neu. Schon in den Jahren vor der Einführung konnten sich selbst die Wirtschaftsweisen nie auf eine einheitliche Linie verständigen.

(...)

Quelle: Merkur.de vom 22.12.2015

2] WEITERE MELDUNGEN

50 000 Beschäftigte müssen weiter aufstocken

Trotz Mindestlohn sind Tausende Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt weiter auf Hilfen angewiesen. Die Einführung des Mindestlohns ist aus Sicht von Arbeitsmarkt-Experten bislang erfolgreich verlaufen. (...) Für viele reicht das Einkommen aber noch längst nicht zum Leben aus, wie Zahlen der Bundesagentur für Arbeit in Halle belegen.

Den Sprung raus aus der staatlichen Hilfe haben in der Regel nur diejenigen geschafft, die alleinstehend sind und mindestens 40 Stunden pro Woche zu einem Lohn von 8,50 Euro arbeiten. Nur sie kommen auf ein Brutto-Gehalt von 1360 Euro, das zumindest in Städten mit moderaten Mietpreisen und Lebenshaltungskosten ausreichen kann.

(...)

Quelle: Volksstimme.de vom 11.01.2016

Werkverträge: Ein Mittel zur Lohndrückerei?

Die IG Metall spricht von einer unheilvollen Entwicklung. Werkverträge würden zunehmend von den Unternehmen genutzt, um Tariflöhne zu unterlaufen. "Nach unserer Erfahrung hat die Zahl der Missbrauchsfälle zugenommen", sagt eine Gewerkschaftssprecherin.

Fremde Unternehmen werden beispielsweise dafür bezahlt, Maschinen zu warten. Vor allem in solchen Fällen sieht die Gewerkschaft die Gefahr des Missbrauchs. Die Mitarbeiter dieser Werkvertragsfirmen würden oft genau gleich behandelt wie die eigenen Beschäftigten, aber schlechter von ihren Arbeitgebern bezahlt.

(...)

Quelle: Badische Zeitung online vom 11.01.2016

Betriebsrat redet bei Werkvertrag mit

Kein anderes Unternehmen setze so stark auf die Ausgliederung wie Porsche in Leipzig, sagt Guido Machowski, Sozialdemokrat und Betriebsratsvorsitzender beim Autozulieferer Schnellecke. (...) "Porsche ist das Versuchslabor für Werkverträge, hier wurde derart massiv ausgelagert wie bei keiner anderen Autofabrik in Deutschland", sagt Machowski.

Die Ungleichheiten sollen sich jetzt ändern. Kurz nach einem großen Protesttag in Leipzig und bei der Konzernmutter VW in Wolfsburg haben sich der Betriebsrat unter Uwe Hück und die Porsche-Firmenspitze auf eine mehrstufige, sachbezogene Mitbestimmung bei Werkverträgen geeinigt.

(...)

Quelle: Badische Zeitung online vom 11.01.2016

Viele Jüngere nur befristet beschäftigt

Je jünger, desto unsicherer der Job. Mehr als einer von vier Beschäftigten unter 35 Jahren arbeitet in Deutschland nicht in einem regulären Vollzeitjob. Laut einer Umfrage im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sind es 27,9 Prozent, die einer "atypischen" Beschäftigung nachgehen.

Bei den unter 25-Jährigen sind sogar 46,4 Prozent in atypischer Beschäftigung. Eine große Rolle spielen Befristungen: Sind bei den über 35-Jährigen lediglich fünf Prozent befristet angestellt, ist der Anteil bei den unter 35-Jährigen mit 16,2 Prozent mehr als dreimal so groß.

(...)

Quelle: Zeit online vom 08.01.2016

Reform von Leiharbeit und Werkverträgen: DGB fordert Bekenntnis der CSU gegen Lohndumping

Der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes (...) verlangt von der CSU ein klares Bekenntnis gegen Lohndrückerei. Der kleinste Koalitionspartner müsse Spielregeln zulassen, die dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zur Realität verhelfen, sagte Hoffmann dem Tagesspiegel.

Bei ihrer Klausur in Wildbad Kreuth fordert die CSU-Landesgruppe im Bundestag, auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform von Zeitarbeit und Werkverträgen zu verzichten, weil der Arbeitsmarkt flexibel bleiben müsse.

(...)

Quelle: Tagesspiegel online vom 07.01.2016

Merkel will Nahles-Pläne entschärfen

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will die Pläne der SPD für eine stärkere Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen entschärfen. Sie akzeptiert das Konzept von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) nach dpa-Informationen nicht.

Akzeptabel sei höchstens die Umsetzung dessen, was Union und SPD zu dem Thema im Koalitionsvertrag vereinbart hätten. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD festgelegt, Leiharbeit gesetzlich auf 18 Monate zu begrenzen und den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern.

(...)

Quelle: Welt online vom 06.01.2016

Grüne fordern Mindesthonorar für Selbständige

Die Grünen verlangen einen Mindestlohn für Selbständige. Zudem wollen sie die Betriebe an den Kosten für deren Renten- und Krankenversicherung beteiligen. So soll verhindert werden, dass aus Arbeitnehmern zum Schein Selbständige werden.

Wie beim Mindestlohn soll nach den Vorstellungen der Grünen das Mindesthonorar für Selbständige von Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbart werden.

(...)

Quelle: FAZ.net vom 06.01.2016

Prekär beim Staat

Bei der Tarifaueinandersetzung 2014 hatten es die Vertreter von Bund und Kommunen noch bezweifelt, jetzt haben sie es schwarz auf weiß: Das Problem befristeter Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist gravierend und weitaus größer als in der Privatwirtschaft.

In der Vergangenheit waren Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zwar oft schlechter bezahlt, dafür aber sicherer als bei privaten Unternehmen. Das hat sich geändert. Längst haben auch in Bund, Ländern und Kommunen

prekäre Formen von Beschäftigung Einzug gehalten. Mehr noch: Bei befristeten Jobs gibt der Staat den Vorreiter.

(...)

Quelle: junge Welt online vom 05.01.2016

Arbeitsmarktreform: CSU-Landesgruppe will Nahles-Pläne stoppen

Die CSU-Landesgruppe will die von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) geplante Arbeitsmarktreform zu Fall bringen. Besonders Neuerungen bei Zeitarbeit oder Mindestlohn sind den Christsozialen einem Papier zufolge ein Dorn im Auge.

In einem Positionspapier, über das die Politiker bei ihrer kommenden Klausur in Wildbad Kreuth diskutieren wollen, fordert die Landesgruppe unter anderem einen Verzicht auf eine Reform der Zeitarbeit und Werkverträge. (...) Zumindest müsse Andrea Nahles bei ihren Plänen deutlich nachbessern.

(...)

Quelle: Bayernkurier online vom 05.01.2016

Wer schützt Selbständige?

Ein Gesetzentwurf mischt derzeit die Arbeitswelt auf: Mitte November machte das Bundesarbeitsministerium seine Pläne bekannt, wie es den Einsatz von „Drittpersonal“ in Unternehmen künftig strenger regeln will.

Damit sind Arbeitskräfte gemeint, die kein direktes Arbeitsverhältnis mit dem Einsatzunternehmen haben, sondern entweder als Zeitarbeiter ausgeliehen werden oder sich per Werk- oder Dienstvertrag dazu verpflichtet haben, eine bestimmte Leistung zu erbringen.

(...)

Quelle: FAZ.net vom 04.01.2016

Geld verdienen von der Couch aus

(...) die Digitalisierung führt dazu, dass Unternehmen Projekte zunehmend in kleine Aufgaben zerlegen und über Plattformen wie „Mechanical Turk“ von Amazon oder „Elance-oDesk“ an eine große Menge Menschen auf der ganzen Welt auslagern – sogenannte Crowdworker.

Schon werden Befürchtungen laut, Deutschland könne sich zu einem Heer digitaler Tagelöhner entwickeln, das sich ohne soziale Sicherung, Kündigungsschutz, Urlaubsanspruch und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von einem Auftrag zum nächsten hangelt.

(...)

Quelle: FAZ.net vom 03.01.2016

Jörg Hofmann: "Massiver Sozialbetrug mit Werkverträgen"

Der Chef der IG Metall über die Reformpläne der großen Koalition, die 35-Stunden-Woche und die Lage bei Volkswagen.

"Bei Logistikern und Industriedienstleistern ist etwa jeder Dritte per Werkvertrag beschäftigt. Bei Entwicklungsdienstleistern jeder Fünfte. Weil wir die Leiharbeit mit den Branchenzuschlägen unattraktiv gemacht haben, nutzen die Firmen nun Werkverträge, um die Löhne systematisch zu drücken und Stammebelegschaften abzubauen."

(...)

Quelle: RP online vom 31.12.2015

Unternehmen verteidigen Lohndrückerei per Werkvertrag

Die Konzern- und Unternehmenslobby macht gegen Pläne für neue Regeln bei der Leiharbeit und bei Werkverträgen Front. Angeblich geht es um Bürokratie - doch in Wahrheit geht es darum, ein Modell der Lohndrückerei zu erhalten.

Mit Werkverträgen vergeben Unternehmen oft Aufträge an Fremdfirmen, etwa die Wartung der IT-Technik. Vorgesehen sind Kriterien zur Abgrenzung der Werk- von normalen Arbeitsverträgen.

(...)

Quelle: neues deutschland online vom 31.12.2015

Viele befristete Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst

Befristete Arbeitsverträge spielen im öffentlichen Dienst eine größere Rolle als in der Privatwirtschaft, insbesondere bei der Einstellungspraxis. Die Befristungsquoten im Arbeitnehmerbereich liegen zwischen 8,2 in Kommunen, 11,3 Prozent beim Bund und 12,3 Prozent in den Ländern.

Dies sind die Ergebnisse der aktuellen Studie zur Befristungspraxis im öffentlichen Dienst, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am 29. Dezember 2015 veröffentlicht hat.

(...)

Quelle: Haufe.de vom 30.12.2015

Gesetzentwurf zu Zeitarbeit und Werkverträge angekündigt

Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) wird ihr umstrittenes Gesetz zur Neuregelung von Zeitarbeit und Werkverträgen Anfang 2016 auf den Weg bringen. „Es ist fest vereinbart, dass der Gesetzentwurf im Januar in die Ressortabstimmung geht“, sagte Nahles der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“.

Nahles betonte, sie wolle nicht die Werkverträge abschaffen, aber sie wolle, dass diese sauber seien und nicht massenhaft missbräuchlich eingesetzt würden – „nicht nur in der Fleischindustrie, sondern leider auch in der Metallindustrie und anderen Branchen“.

(...)

Quelle: newsburger.de vom 30.12.2015

Uni-Institut: Neue Studie zur Einkommensungleichheit

Viele Haushalte rutschen wegen unfreiwilliger Teilzeitarbeit statt angestrebter Vollzeit in die unterste Einkommensschicht ab. (...) Das zeigen Untersuchungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen.

"Die Arbeitszeiten sind zunehmend ungleich verteilt", stellt IAQ-Direktor Prof. Dr. Gerhard Bosch fest. Vor allem in den unteren Einkommensschichten hat die Vollzeitbeschäftigung abgenommen. Hier haben nur noch 42 Prozent der Haushalte einen Vollverdiener.

(...)

Quelle: RP online vom 30.12.2015

Die meisten Frauen arbeiten in Teilzeit

Im Kreis Warendorf haben Frauen die schlechteren Jobs. Die meisten arbeiten lediglich Teilzeit, haben nur einen Mini-Job oder sind Leiharbeiterinnen. 73 Prozent aller nicht-regulären Jobs im Landkreis wurden im vergangenen Jahr von Frauen erledigt.

Ganz anders sieht es dagegen bei den Vollzeit-Stellen aus: Dort lag der Frauenanteil bei 28 Prozent. Das teilt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit.

(...)

Quelle: Die Glocke online vom 30.12.2015

Arm trotz Arbeit

Jeder vierte Erwerbstätige in Deutschland kann nach eigenen Angaben unerwartete Ausgaben in Höhe von 980 Euro nicht bestreiten. Das geht aus einer Datenübersicht des Statistischen Bundesamtes hervor, die unserer Zeitung vorliegt.

So haben rund 1,8 Millionen Erwerbstätige Schwierigkeiten, ihre Miete oder Rechnungen etwa für Strom und Gas zu bezahlen. Fast 1,5 Millionen verzichten wegen finanzieller Engpässe auf ein angemessenes Heizen ihrer Wohnung. Etwa zwei Millionen können sich an jedem zweiten Tag keine vollwertige Mahlzeit leisten.

(...)

Quelle: Westdeutsche Zeitung online vom 28.12.2015

Grüne fordern Mindesthonorar für Selbstständige

In einem Positionspapier machen Abgeordnete der Grünen Vorschläge zur digitalen Arbeitswelt. Analog zum Mindestlohn für Angestellte fordern die Grünen eine gesicherte Vergütungsbasis für Selbstständige.

„Dumpinghonorare dürfen in der modernen Arbeitswelt keinen Platz haben“, heißt es in dem Papier (...). Studien hätten gezeigt, dass im Jahr 2012 fast ein Drittel der 2,5 Millionen Solo-Selbstständigen in Deutschland weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdienten.

(...)

Quelle: Stuttgarter-Zeitung.de vom 24.12.2015

Zeitarbeit und Werkverträge: Der erste Reformentwurf wird nachgebessert

Ursprünglich sollte das Kabinett bereits vergangene Woche die Reform von Zeitarbeit und Werkverträgen beschließen. Stattdessen diskutierten Spitzenvertreter der Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften über die Schwächen des Referentenentwurfs.

Neue Ergebnisse scheint der Gesprächskreis jedoch nicht hervorgebracht zu haben. Beim Thema "Leiharbeit" liege man gar nicht mehr so weit auseinander, wie es – laut Bericht des Handelsblatts – nach dem Treffen verlautete. Gesprächsbedarf gebe es dagegen noch beim geplanten Kriterienkatalog zur Abgrenzung von Werk- zu Arbeitsverträgen.

(...)

Quelle: Haufe.de vom 22.12.2015

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-12016--1820.html>

PDF erstellt am: 07.04.2020